



Ich bin kein Killer.

Wir sind gegen ein Verbot
von Computerspielen.
Darum jetzt Piraten wählen.

 **piratenpartei**
www.piratenpartei.ch



Ich bin kein Killer.

Wir sind gegen ein Verbot
von Computerspielen.
Darum jetzt Piraten wählen.

 **piratenpartei**
www.piratenpartei.ch

Spätestens seit dem tragischen Amoklauf von Winnenden (D) werden Gewalt beinhaltende Videospiele – oder «Killerspiele», wie sie oft fälschlicherweise genannt werden – auch in der Schweiz thematisiert. Diese Diskussion wird jedoch nicht sachlich, sondern emotional und polemisch geführt.

2007 reichte NR Norbert Hochreutener (CVP) eine Motion ein, die ein «Verbot von elektronischen Killerspielen» fordert. 2009 legte NR Evi Allemann (SP) mit der Motion «Verbot von Killerspielen» nach. Beide Motionen wurden entgegen der ausdrücklichen Ablehnung durch den Bundesrat vom Nationalrat im Juni 2009 angenommen und kommen im März im Ständerat zur Abstimmung.

Die Situation im Kanton Bern

Eine besonders unrühmliche Rolle in dieser emotionalen und polemischen Diskussion spielt der Kanton Bern. Der Vizepräsident der SP und Grossrat Roland Näf, der gerne auch «Killerspiele» mit Kinderpornografie gleichsetzt («Soothurner Zeitung» vom 28.04.09), erreichte 2008, dass der Kanton Bern die Standesinitiative «Verbot von Killerspielen» einreichte. Über diese Standesinitiative berät der Ständerat ebenfalls im März.

Doch damit nicht genug. Im Januar erreichte Näf im Grossrat, dass nun der Berner Regierungsrat auf kantonaler Ebene Massnahmen gegen Gewalt beinhaltende Spiele prüfen muss. Als Beispiel nannte

Näf einen Gesetzesentwurf aus Neuseeland, wonach Eltern mit bis zu drei Monaten Haft belegt werden könnten, wenn sie ihren Kindern solche Spiele zur Verfügung stellen.

Unsere Positionen

Die Piratenpartei lehnt generelle Verbote von Gewalt beinhaltenden Spielen grundsätzlich ab. Sie stellen einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Freiheit der mündigen Bürger dar.

Die Piratenpartei unterstützt hingegen einen sinnvollen Jugendschutz und vertritt die Meinung des Bundesrates, dass zum Schutz der Jugend nicht weitere Verbote von Nöten sind – sondern die Schulung der Medienkompetenz der Eltern.

Darum: Auch im Kanton Bern PIRATEN WÄHLEN!

Damit in Zukunft mehr Verstand und Sachlichkeit in die Diskussion einfließen.

- Stadt Bern..... Liste 17
- Biel-Seeland Liste 16
- Mittelland-Süd Liste 13
- Jura Bernois Liste 11

Spätestens seit dem tragischen Amoklauf von Winnenden (D) werden Gewalt beinhaltende Videospiele – oder «Killerspiele», wie sie oft fälschlicherweise genannt werden – auch in der Schweiz thematisiert. Diese Diskussion wird jedoch nicht sachlich, sondern emotional und polemisch geführt.

2007 reichte NR Norbert Hochreutener (CVP) eine Motion ein, die ein «Verbot von elektronischen Killerspielen» fordert. 2009 legte NR Evi Allemann (SP) mit der Motion «Verbot von Killerspielen» nach. Beide Motionen wurden entgegen der ausdrücklichen Ablehnung durch den Bundesrat vom Nationalrat im Juni 2009 angenommen und kommen im März im Ständerat zur Abstimmung.

Die Situation im Kanton Bern

Eine besonders unrühmliche Rolle in dieser emotionalen und polemischen Diskussion spielt der Kanton Bern. Der Vizepräsident der SP und Grossrat Roland Näf, der gerne auch «Killerspiele» mit Kinderpornografie gleichsetzt («Soothurner Zeitung» vom 28.04.09), erreichte 2008, dass der Kanton Bern die Standesinitiative «Verbot von Killerspielen» einreichte. Über diese Standesinitiative berät der Ständerat ebenfalls im März.

Doch damit nicht genug. Im Januar erreichte Näf im Grossrat, dass nun der Berner Regierungsrat auf kantonaler Ebene Massnahmen gegen Gewalt beinhaltende Spiele prüfen muss. Als Beispiel nannte

Näf einen Gesetzesentwurf aus Neuseeland, wonach Eltern mit bis zu drei Monaten Haft belegt werden könnten, wenn sie ihren Kindern solche Spiele zur Verfügung stellen.

Unsere Positionen

Die Piratenpartei lehnt generelle Verbote von Gewalt beinhaltenden Spielen grundsätzlich ab. Sie stellen einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Freiheit der mündigen Bürger dar.

Die Piratenpartei unterstützt hingegen einen sinnvollen Jugendschutz und vertritt die Meinung des Bundesrates, dass zum Schutz der Jugend nicht weitere Verbote von Nöten sind – sondern die Schulung der Medienkompetenz der Eltern.

Darum: Auch im Kanton Bern PIRATEN WÄHLEN!

Damit in Zukunft mehr Verstand und Sachlichkeit in die Diskussion einfließen.

- Stadt Bern..... Liste 17
- Biel-Seeland Liste 16
- Mittelland-Süd Liste 13
- Jura Bernois Liste 11